

ZWM Jahrestagung „Über Spitze und Breite: Die Zukunft der Exzellenz“
Heidelberg, 03. November 2016

Universitätsverbände – gemeinsam stark?! - Verbände als wissenschaftspolitisches Paradigma und forschungspolitisches Format

Vortrag von Dr. Waltraud Kreutz-Gers, Kanzlerin der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Zwei Jahrzehnte lang war die institutionelle Autonomie der Universitäten das zentrale wissenschaftspolitische Paradigma. Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung der Hochschulen, Leistungsorientierte Mittelverteilung, Globalhaushalt, Profilbildung und Schwerpunktsetzung, Stärkung der Hochschulleitung, dies alles sind Begrifflichkeiten und Instrumente, die darauf abzielen, die Leistungsfähigkeit des deutschen Hochschulsystems durch Wettbewerbsmechanismen zu erhöhen – und dies mit großem Erfolg.

Die Herausforderungen drastisch steigender Bildungsbeteiligung einerseits - Stichwort: Hochschulpakt - und die Sicherung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation andererseits hätte die Gruppenuniversität der siebziger und achtziger Jahre niemals bewältigen können - und wohl auch nicht wollen. Die Gleichheitsfiktion im deutschen Hochschulsystem ist dem Ranking gewichen. SWOT-Analyse und strategische Entwicklungsplanung haben Schwerpunktsetzung und die Herausbildung von individuell-institutionellen Profilen gefördert. Das Forschungsrating des Wissenschaftsrats und das DFG-Forschungsranking zeigen jeder Hochschulleitung, wo ihre Hochschule in welchen Fächern im nationalen Kontext steht. Die Exzellenzinitiative mit einer in der Geschichte einmaligen Investition in die universitäre Forschung hat die vom Wissenschaftsrat lange geforderte Differenzierung des deutschen Hochschulsystems geradezu „geboostet“ und den Blick auf die internationale Wettbewerbssituation der deutschen Forschung geschärft.

Sind die Hochschulverbände nun die jüngste Sau, die durch wissenschaftspolitische Dorf getrieben wird? Nein, sind sie nicht! Das Format der Hochschulverbände ist vielmehr von langer Hand vorbereitet, es ist einerseits eine Reaktion auf gewisse Fehlentwicklungen des Wettbewerbs und andererseits die nüchterne Konsequenz aus der internationalen Konkurrenzlage deutscher Forschungsuniversitäten.

In seinen Empfehlungen zur Differenzierung der Hochschulen aus 2011 formulierte der Wissenschaftsrat vorausschauend: „Ein Differenzierungselement, welches an Bedeutung gewinnt, liegt in der Bildung und Stärkung von Hochschulverbänden, sofern es diesen gelingt, eine orientierende Funktion im Hochschulsystem zu übernehmen. Voraussetzungen dafür sind eine kohärente Beschreibung der Gemeinsamkeiten der beteiligten Hochschulen, eine Festlegung gemeinsam verfolgter strategischer Ziele, ein Mehrwert in der Zusammenarbeit, der über die Bildung eines Reputationsverbundes hinausgeht, und der Wille, einander wechselseitig als Maßstab für Leistungsvergleiche anzuerkennen.“ Primär hatte er dabei die wachsenden Herausforderungen in Studium, Lehre und Qualifizierung für das binäre, auf funktionale Differenzierung beruhende deutsche Hochschulsystem im Blick. „Die Wanderung von Studierenden über die Bildungsbereiche und Hochschultypen hinweg kann als eigener Differenzierungstreiber wirken und im Rahmen von Kooperationen gezielt befördert werden. Neben die Etablierung von Kooperationen zwischen Hochschulen und oder Institutionen tritt als ein zunehmend bedeutsamer Faktor die Bildung von Hochschulverbänden.“

Der damalige Vorsitzende des Wissenschaftsrates Peter Strohschneider betonte in einem Festvortrag zum Thema „Wissenschaftliche Kooperationen - Kooperative Wissenschaft“ aus dem gleichen Jahr noch etwas plastischer, dass mit Differenzierung „mehr gemeint sein müsse als die Unterscheidung einiger sogenannter Exzellenzuniversitäten von einem einheitsgrauen Rest.... und dass im Maße fortschreitender Differenzierung der Hochschulen neuen Kooperationsformen wachsende Bedeutung zukomme ...zwischen Hochschulen, und über die Grenzen zwischen Hochschultypen hinweg, mit regionaler Orientierung,“

Unter dem Stichwort der Versäulung des deutschen Wissenschaftssystems konzentrierte sich die Aufforderung zur Kooperation zunächst auf die Zusammenarbeit zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen. „Ein Wissenschaftssystem wie das deutsche, das durch eine Vielzahl von Akteuren mit perspektivisch weitgehend ausdifferenzierten institutionellen Profilen gekennzeichnet ist, ist in einem hohen Maße auf gezielte, wissenschaftlich begründete Kooperation angewiesen.“ In seinen „Perspektiven des deutschen Wissenschaftssystems“ aus dem Jahr 2013, aus dem dieser Satz zitiert ist, formuliert der Wissenschaftsrat deshalb vor dem Hintergrund der als problematisch empfundenen Kluft zwischen Universitäten einerseits und außeruniversitärer Forschung andererseits institutionenübergrei-

fende Kooperationen, unter der Voraussetzung eines spezifischen wissenschaftlichen Mehrwertes, einer Kooperation auf Augenhöhe und in flexiblen Kooperationsformen, die ein breites Spektrum der Zusammenarbeit fördern.

KIT und JARA waren die Prototypen dieser engeren, verbindlicheren Kooperation zwischen Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Ergebnis der ersten Runden der Exzellenzinitiative. Und jetzt Universitätsverbände als Förderformat der Exzellenzstrategie von Bund und Ländern“?

Ganz unzweifelhaft war sind die Wirkungen der Exzellenzinitiative auch strukturbildend, sie ist und bleibt ein starkes Vehikel nationaler universitärer Forschungsförderung, um das wir international beneidet werden. Deshalb ein kurzer Blick zurück.

Vor der Exzellenz stand in der politischen Diskussion die Elite, die im damaligen Bundeskanzleramt geboren Idee, Deutschland müsse – seiner ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit wegen - wie andere Länder auch Elite-Universitäten haben. Drei oder vier besonders herausragende Spitzenuniversitäten, deren Finanzierung man ähnlich wie in der Schweiz nicht den jeweiligen Ländern oder Kantonen überlassen wollte, sondern die Aufgabe des Bundes werden sollte. Ergebnis einer SPD-Klausurtagung Anfang 2004 in Weimar war die Absicht: „die Struktur der Hochschullandschaft (so) zu verändern, dass sich Spitzenhochschulen und Forschungszentren etablieren, die auch weltweit in der ersten Liga mitspielen und mit internationalen Spitzenhochschulen wie Harvard und Stanford mithalten können.“ Kritiker sprachen damals vom „Harvard-Komplex“.

Die Etablierung einiger weniger deutscher Hochschulen in der internationalen Spitzengruppe der Forschungsuniversitäten war also das ursprüngliche Ziel, in der öffentlichen Diskussion zumeist mit negativer Konnotation als „Eliteuniversitäten“ gebrandmarkt. Dabei gab es für die Zurückhaltung gegenüber wenigen deutschen Eliteuniversitäten gute Gründe. Richard Münch formuliert in seinem 2007 erschienen Buch über „Die akademische Elite“ als Alternative zur der Förderung von Spitzenuniversitäten: „Der Weg, auf dem Wissenschaft und Forschung in Deutschland wieder größere internationale Wettbewerbsfähigkeit gewinnen könnte, ist eine Forschungspolitik, die Wettbewerb, Vielfalt und Kreativität fördert. Im Kern geht es um eine Strategie, die nicht Standorte und Quantität ohne Prüfung des Ressourceneinsatzes prä-

miert, sondern Personen und Produktivität. Exzellenz bildet sich an vielen Standorten.“ Diesem Diktum ist die deutsche Wissenschaftspolitik in der Exzellenzinitiative durchaus gefolgt.

Stefan Hornbostel zog bereits im Oktober 2014 in einem Interview mit dem Deutschlandfunk einen vorläufigen Schluss und äußerte sich zu den erwünschten und weniger erwünschten Wirkungen der Exzellenzinitiative und die Frage nach ihrer Zukunft: „Wir haben mit der Exzellenzinitiative einen starken institutionellen Wettbewerb. Man sieht jetzt schon an den Ideen, die kommen, dass man hier ein Stück zurückrudert und sagt, vielleicht ist das nicht der beste Weg, dass die Hochschulen untereinander extrem stark konkurrieren, vielleicht ist es viel sinnvoller, Kooperationen unter den Hochschulen in Gang zu bringen und zu befördern. Das ist ein deutlicher Richtungswechsel. Bisher hatten wir sozusagen die Wettbewerbsidee und die Vorstellung war, wenn alle miteinander konkurrieren, dann wird sich schon das Beste durchsetzen. Jetzt kommt stärker die Idee auf, dass es vielleicht sinnvoller ist, gerade wenn man nachhaltig und langfristig arbeiten will, dass dann Kooperationsstrukturen vielleicht viel wichtiger sind als diese Wettbewerbsstrukturen.“

Anders als Stefan Hornbostel glaube ich allerdings nicht, dass das deutsche Wissenschaftssystem an zu viel Wettbewerb leidet. Auch schließen sich Wettbewerb und Kooperation meines Erachtens nicht aus, im Gegenteil sind Kooperationsstrukturen gerade unter Wettbewerbsbedingungen sehr sinnvoll. Ein Problem scheint mir eher zu sein, dass der deutschen Wissenschaftslandschaft etwas der ordnungspolitische Rahmen verloren gegangen ist, der unter Wahrung des Wettbewerbs Universitäten, Forschungsinstituten und Großforschungseinrichtungen ihre Kernkompetenzen zuweist und den institutionellen Egoismen andere als nur fiskalische Schranken setzt.

Die Identifikation und Verstärkung international konkurrenzfähiger Forschungsschwerpunkte an deutschen Universitäten und ihr Beitrag zur Differenzierung der deutschen Hochschullandschaft sind zweifellos Erfolge der Exzellenzinitiative, wie ihr auch die Imboden-Kommission in ihrem Bericht vom Januar 2016 bescheinigt. „Universitäre Differenzierung ist die Grundvoraussetzung für die Herausbildung international konkurrenzfähiger Universitäten. Während für das gesamte deutsche Universitätssystem eine verstärkte Ausdifferenzierung als Folge der Exzellenzinitiative nicht nachweisbar ist, zeigen bibliometrische Untersuchungen eine beeindruckende qualitative Leistung der im Rahmen von Exzellenzclustern entstandenen Publikationen.

...Als wichtige Folge der Exzellenzinitiative wurde im Zuge der Diskussion aber zumindest aufgezeigt, dass es im deutschen Universitätssystem bezüglich Forschungsleistung markante Unterschiede gibt.“ Zu Kooperationen - als Schlussfolgerung aus den bisherigen Erfahrungen oder als Format für eine künftige Ausschreibung - äußert sich der Imboden-Bericht nicht.

Die GWK hat mit ihrer Entscheidung vom Juni 2016 mit den beiden Förderlinien die Konsequenz aus Teilen der Empfehlungen des Imboden-Berichts gezogen, Nachhaltigkeitselemente gesetzt, die Strategiefähigkeit von Universitätsleitungen zumindest monetär gestärkt - die rechtlichen Voraussetzungen dafür müssen schon die jeweiligen Länder schaffen - und gleichzeitig das Kooperationsparadigma in ein Förderformat überführt. „Diese Förderlinie dient der dauerhaften Stärkung der Universitäten als Institution bzw. einem Verbund von Universitäten und dem Ausbau ihrer internationalen Spitzenstellung in der Forschung auf Basis erfolgreicher Exzellenzcluster.

...Im Rahmen eines schlanken, wissenschaftsgeleiteten Auswahlverfahrens sind bisherige exzellente Forschungsleistungen und ein strategisches, institutionenbezogenes Gesamtkonzept maßgebliche Bewertungskriterien.... Nur für Universitäten bzw. Universitätsverbünde, die das Förderziel des Ausbaus ihrer internationalen Spitzenstellung in der Forschung erreicht und den Nachweis herausragender wissenschaftlicher Leistungen im internationalen Maßstab erbracht haben, gelten die Voraussetzungen einer gemeinsamen Förderung als weiterhin erfüllt und wird die Förderung fortgesetzt.“

Und nun? Sind Universitätsverbünde vielleicht der Hoffnungsträger für diejenigen Hochschulen, die zwar einiges an exzellenter Forschung zu bieten haben, es aber alleine wohl doch nicht schaffen? Das Zückerchen für alle Länder außer Bayern, Baden-Württemberg und Berlin, die nicht mit großer Sicherheit sagen können, dass eines ihrer Pferdchen schon dabei sein wird? Schießen Universitätsverbünde jetzt wie Pilze aus dem Boden?

Damit ist nicht zu rechnen!

Erstens: Die Empfehlungen der Imboden-Kommission hatte der neudeutschen Begeisterung für Wettbewerbsverfahren ja schon einen Riegel verschieben wollen, und sich darauf festgelegt, die zehn leistungsstärksten Universitäten anhand etablierter Leistungsparameter wie Drittmittel und Preise identifizieren zu können. Zweifellos

gibt es in Deutschland eine Hand voll Universitäten, denen man auf diese Weise relativ eindeutig eine nationale Spitzenposition und internationale Konkurrenzfähigkeit in einer großen Fächerbreite attestieren kann. Diese werden sich sicherlich nicht die Mühen eines Verbundes auferlegen. Denn bei aller Begeisterung für Universitätsverbände als Vehikel einer höheren Konkurrenzfähigkeit im internationalen Wettbewerb darf nicht außer Acht gelassen werden, dass sie das von der Imboden-Kommission als noch nicht befriedigend gelöste Governance-Problem deutscher Universitäten eher noch verschärfen. „..... Die Kommission kommt zum Schluss, dass bei der Governance an den deutschen Universitäten noch immer ein erhebliches ungenutztes Potenzial und ein substanzieller Nachholbedarf bestünde.“

Zweitens: Es gibt eine Reihe von Universitäten, denen es an einer wichtigen Voraussetzung für einen Verbund fehlt, nämlich an den Partnern in der Region. Universitätsverbände brauchen neben vorhandenen Synergien, komplementären Leistungsbereichen und gescheiterten Strukturen vor allem die räumliche Nähe, die die Kommunikation und regen Austausch auf allen Ebenen befördert und in der Vertrauen auf die Belastbarkeit der Zusammenarbeit wachsen kann. Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Manfred Prenzel, hat in seinem Bericht über den „Regionale(n) Verbund als hochschulpolitische Perspektive“ vom Juli 2014 die Region als wissenschaftspolitischen Gestaltungsraum vor dem Vorwurf der Provinzialität in Schutz genommen. „Solche Vorbehalte zeigen deutlich, welche nachhaltige Wirkung die drei stärksten Paradigmen der deutschen Hochschulpolitik der letzten Jahrzehnte entfaltet haben: Profilbildung, Hochschulautonomie und Wettbewerb im nationalen und internationalen Maßstab – und zwar jeweils nur aus der Sicht der einzelnen Institution. Ich bin davon überzeugt, dass diese Paradigmen in sich wandelnden Rahmenbedingungen neu interpretiert und kombiniert werden sowie zu neuen Formen der internen und der externen Steuerung führen müssen. Denn – und diese Beobachtung haben wir auch bei allen Länderbegutachtungen machen müssen – das Bemühen um Profilbildung, Autonomie und Wettbewerb jeweils einzelner Institutionen hat zu einer spürbaren Entfremdung und Sprachlosigkeit gerade zwischen benachbarten Hochschulen geführt.“ Auch eine international hoch replizierte Forschungsuniversität hat ein regionales Umfeld, in dem sie agiert, und das je nach Leistungsdimension in unterschiedlicher Weise für sie von Bedeutung ist. Das gilt umso mehr, wenn diese Region über mehrere leistungsstarke Universitäten verfügt.

Drittens: Die Exzellenzstrategie ist sicherlich ein Anlass, über Universitätsverbände neu nachzudenken, aber bei Leibe nicht der einzige. Universitätsverbände machen auch Sinn weit über die Exzellenzstrategie hinaus. Man muss zum Beleg gar nicht die Mutter aller Universitätsverbände – das seit 1959 bestehende North Carolina Research Triangle – heranziehen. Mit der Kooperation der Berliner Universitäten, dem Universitätsverbund Halle-Jena-Leipzig oder der Universitätsallianz Metropole Ruhr, um nur einige zu nennen, finden wir auch in Deutschland Beispiele universitärer Verbände, deren Entstehung auf ganz andere Ursachen und Anlässe zurückzuführen ist. Die These, dass Universitätsverbände ein Gewinn sein können und zwar für die beteiligten Universitäten wie für das gesamte Wissenschaftssystem, möchte ich am Beispiel des Verbundes der Rhein Main Universitäten (kurz RMU) erläutern.

Mit dem abgeschlossenen trilateralen Abkommen vom Dezember 2015 wollen die drei Rhein-Main-Universitäten ihre Stärken gezielt bündeln, die komplementären Profile gemeinsam weiterentwickeln und die Studienmöglichkeiten für ihre Studierenden erweitern. Als zentrale wissenschaftliche Akteure wollen sie die Entwicklung der Wissenschaftsregion Rhein-Main insgesamt befördern und deren internationale Sichtbarkeit und Attraktivität stärken. Das Bild der Triangel passt auch hier sehr gut, die drei Universitäten liegen voneinander max. 35 km entfernt und sind innerhalb einer halben Stunde Fahrzeit mit dem Auto und innerhalb von gut einer Stunde mit dem ÖPNV zu erreichen. Das dürfte der Situation in Berlin und München durchaus vergleichbar sein. Mit vier Exzellenzclustern, einer Exzellenzgraduiertenschule, 27 Sonderforschungsbereichen, 16 DFG-Graduiertenkollegs, 31 ERC-Grants, 450 Mio. € an Drittmitteln, über 100.000 Studierenden, 15.000 Absolventen und knapp 2.000 Promotionen gehören wir im DFG-Förderatlas 2015 zu den fünf führenden Wissenschaftsregionen in Deutschland. Uns haben in der Vergangenheit eine ganze Reihe gelebter Kooperationen – in einer gemeinsamen Graduate School in den Wirtschaftswissenschaften, dem Forschungsverbund in den Neurowissenschaften, einem gemeinsamen Dual Career-Netzwerk oder dem Verbund Archäologie Rhein-Main – gezeigt, wie sinnvoll diese Kooperation zweier medizinführender Universitäten mit einer Technischen Universität sein können und welche Perspektiven der Zusammenarbeit sich eröffnen.

Der Schritt zu einer verbindlicheren Zusammenarbeit der drei Universitäten lag mehr als nahe. Das „Commitment“ der drei Partner zeigt sich unter anderem an einem gemeinsam finanzierten Fonds zur Förderung neuer Kooperationen in der Forschung

oder der Abstimmung von Berufsstrategien aktuell etwa am Beispiel der Afrikanistik bis hin zur wechselseitigen Unterstützung von Angeboten in wichtigen Berufs- und Bleibeverhandlungen. Die Kooperation und Abstimmung von Studienangeboten und der „Student services“, gemeinsame Angebote zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses, die gemeinsame Einwerbung und Nutzung teurer Infrastrukturen sowie der Wissens- und Technologietransfer in einer der wirtschaftlich stärksten Regionen Deutschlands steht natürlich auf dem Programm, das sich die RMU gegeben hat. Die Chancen, die nach Prenzel regionale Hochschulverbünde bieten, also eine breite Palette angestimmter Angebote auf qualitativ hohem Niveau, Synergien zwischen gleichgerichteten Schwerpunkten, die diese im nationalen und internationalen Wettbewerb stärken, Effizienzgewinne durch Arbeitsteilung, aber insbesondere auch die Wahrnehmung der Universitäten als zentraler Standortfaktor durch die regionale Wirtschaft und Politik, sind aus Sicht der drei in der Rhein-Main-Region liegenden Universitäten gegeben und sollen für die weitere Entwicklung genutzt werden. Dass die RMU Ländergrenzen überschreitet, sehe ich dabei nicht als wirkliches Hindernis an. Im Gegenteil kann die Tatsache, nicht direkt miteinander um Ressourcen zu konkurrieren sogar die Zusammenarbeit erleichtern.

Ob es wie von Peter Hommelhoff jüngst angeregt ein rechtliches Format für diese Kooperationen geben sollte, weiß ich nicht zu sagen. Tatsache ist, dass verbindliche, längerfristige Kooperationen zwischen Universitäten, bei denen sich die viel zitierten Win-Win-Situationen eben nicht sofort und in jedem Moment einer Zusammenarbeit einstellen, auch verbindlichere Vereinbarungen braucht. Wahrscheinlich wird das Maß an rechtlicherer Verpflichtung je nach Kooperation unterschiedlich sein.

Mein kurzes Fazit, das ich ziehen möchte, lautet: Hochschulkooperationen werden nicht zu einem Massenphänomen in der deutschen Hochschullandschaft. Aber die Wissenschaftspolitik tut gut daran, sie zu fördern, wo sie sich anbieten.